



*Referat von NR John Dupraz, Vizepräsident des Schweizerischen Bauernverbandes, gehalten an der Medienkonferenz vom 24. Mai 2004 in Bern*

## **WTO – Wem nützen die Agrarverhandlungen?**

Der Schweizerische Bauernverband (SBV) anerkennt den entwicklungspolitischen Aspekt der Landwirtschaft. Eine Stärkung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern ist für deren Volkswirtschaft zweifelsohne von Bedeutung. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die Weiterentwicklung des Agrarabkommens, so wie sie gegenwärtig diskutiert wird, tatsächlich im Sinne der Entwicklungsländer ist und ob die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der WTO tatsächlich auf einen Konflikt zwischen Entwicklungs- und Industrieländern reduziert werden können.

### ***Einseitige Forderungen der Agrarexporteure***

Die einseitige Priorisierung der Forderungen der Agrarexporteure und die bisherige Marginalisierung der nicht-handelsbezogenen Anliegen (non-trade concerns) in der WTO deuten klar darauf hin, dass die Doha-Runde nicht die Auseinandersetzung zwischen Entwicklungsländern und den Entwickelten ist, als die sie oft dargestellt wird. Vielmehr stehen Länder, die günstige Voraussetzungen haben, um in grossem Ausmass billige Agrarprodukte herzustellen, Ländern gegenüber, die bezüglich der Nahrungsmittelproduktion weniger wettbewerbsfähig sind und deren Landwirtschaft neben der Nahrungsmittelproduktion noch andere Leistungen erbringt.

Gegen eine auf die Verbesserung des Marktzutritts reduzierte Weiterentwicklung des Agrarabkommens stellt sich nicht nur die Schweiz. Auch Entwicklungsländer wie die AKP-Staaten (Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean), die CARICOM (Caribbean Community) und eine grosse Mehrheit der Staaten der Afrikanischen Union (AU) stehen einem einschneidenden Pauschalabbau der Zölle ebenfalls kritisch gegenüber.

### ***Agrarexporteure: Strategie «nehmen und nicht geben»***

Wie die Interessen tatsächlich gelagert, lässt sich einfach aufdecken. Eine Analyse der Reaktionen auf das Verhandlungsangebot der EU bezüglich der Abschaffung der Exportsubventionen und vergleichbarer Instrumente gibt Aufschluss. Die umgehende Ablehnung dieses Vorstosses durch einige grosse Agrarexporteure (Australien, Kanada) zeigt, dass diese Staaten das Ziel verfolgen, einen weitestgehend freien Marktzutritt für die Exporte in Staaten zu erhalten, die wegen verschiedener Gründe nicht zu derart tiefen Preisen Nahrungsmittel produzieren können.

Selber sind die Agrarexporteure jedoch kaum zu irgendwelchen Konzessionen bereit. So lehnen sie auch den Einbezug von Aspekten wie Deklarationsvorschriften oder den Schutz von geografischen Herkunftsangaben kategorisch ab. Aus unserer Sicht ist es erstaunlich und unverständlich, dass sich Staaten der Cairns-Gruppe, die USA, sowie weitere Länder gegen die Aufnahme von Aspekten wie Herkunftsbezeichnungen oder Produktdeklaration derart zur Wehr setzen. Dies sind Anliegen, die wesentlich zum Schutz aller Konsumenten weltweit beitragen und nota bene auch im Sinn der tatsächlichen Entwicklungsländer sind.

### ***Die Schweiz ist einer der grössten Importeure von Agrargütern***

Die Schweiz ist relativ gemessen am Nahrungsmittelverbrauch weltweit einer der grössten Nettoimporteure von Agrarprodukten. Der Selbstversorgungsgrad beträgt gerade mal knapp 60 Prozent. Wir haben also keine Landwirtschaft, die Überschüsse produziert und diese zu Dumpingpreisen auf den Weltmärkten loswerden muss. Diesem Umstand muss die WTO Rechnung tragen. Die Schweiz muss sich auch künftig im Rahmen der G-10, der Koalition der Nettoagrarimporteure, vehement für ein Agrarabkommen einsetzen, das eine Koexistenz verschiedener landwirtschaftlicher Produktionssysteme ermöglicht. Neben der Schweiz gehören der G-10 Japan, Bulgarien, Island, Israel, Korea, Liechtenstein, Mauritius, Norwegen und Taiwan an.

### ***Internationale Koalitionen nötiger denn je – die G-10 muss gestärkt werden***

Die Schweiz ist auf eine starke internationale Koalition angewiesen. Nur so kann sie ihre Anliegen in der WTO einbringen. Die Schweizer Delegation hat an der Ministerkonferenz im September 2003 in Cancún die Bildung der G-10 massgeblich gefördert und gleich deren Führung übernommen. Die G-10 hat ihre Vorstellungen bezüglich der Weiterentwicklung des Agrarabkommens klar einbringen können und wurde als wichtiger Verhandlungspartner wahrgenommen. Die Schweiz muss in der G-10 weiterhin eine führende Rolle einnehmen und zu deren Stärkung beitragen.

### ***Bei der WTO-Doha-Runde geht es nicht nur um Landwirtschaft***

Gegenwärtig konzentriert sich bei der WTO alles auf die Agrarverhandlungen. Es sei deshalb daran erinnert, dass es in Cancún letztlich die sogenannten Singapur-Themen (Investitionsschutz, Wettbewerb, Transparenz und Handelserleichterungen im öffentlichen Beschaffungswesen) waren, an welchen die Verhandlungen scheiterten.

Wir dürfen uns dem Druck der grossen Agrarexporteure nicht beugen. Wir werden uns auch weiterhin mit aller Kraft gegen ein einseitiges Agrarabkommen auflehnen. Die Schweiz muss sich in einer starken internationalen Koalition für ein Agrarabkommen einsetzen, das keinem der verschiedenen Landwirtschaftssysteme auf dieser Welt die Existenz kostet und den in der Landwirtschaft tätigen Menschen eine valable Perspektive bietet.

*Es gilt das gesprochene Wort.*